Stand: 03.07.2025 23:29:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22450

"Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22450 vom 07.04.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23156 des VF vom 12.05.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022
4. Beschluss des Plenums 18/23771 vom 20.07.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 20.07.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 07.04.2022 **Drucksache** 18/**22450**

Antrag

der Abgeordneten **Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."

Der Landtag wolle beschließen:

1. Zur Aufarbeitung von zwei Jahren Coronakrise und zur Ertüchtigung Bayerns in den Bereichen Gesundheitswesen, Bevölkerungsschutz, Bildung, Gemeinwesen, Wirtschaft und politische Entscheidungsfindung setzt der Landtag für künftige herausfordernde Gefährdungslagen eine Enquete-Kommission ein.
2. Die Kommission besteht aus 18 Abgeordneten und 12 weiteren Mitgliedern, insgesamt also 30 Mitgliedern. Mit den unterschiedlichsten Akteuren der verschiedenen Themenbereiche hat die Kommission eng zusammenzuarbeiten.
3. Die Enquete-Kommission soll den Landtag nach Ablauf von drei Monaten erstmals über die Ergebnisse informieren. Spätestens vor dem kalendarischen Herbstbeginn am 23.09.2022 soll dem Landtag ein Abschlussbericht vorgelegt werden, aus dessen Handlungsempfehlungen Maßnahmen für Bayern abgeleitet werden können.
4. Die Enquete-Kommission soll sich bei Ihrer Arbeit mit folgenden Fragen befassen:

I. Gesundheitswesen

1. Arztpraxen

Welche Rolle sollten Arztpraxen – und damit die ambulante Versorgung – in einem krisenfesten Freistaat spielen?

a) Wie kann das Personal von Arztpraxen wirksam gegen Gefahren geschützt werden?

b) Wie kann eine umfassende mobile Struktur die stationäre Struktur von Arztpraxen entlasten und Gefährdungen reduzieren? Und wie ist diese mobile Struktur sicherzustellen und im Bedarfsfall auszubauen?

c) Welchen Nutzen hätten mobile Arztpraxen, um zu verhindern, dass Menschen aus Sorge keinen Arzt mehr aufsuchen?

d) Wie kann die Finanzierung von Arztpraxen so gestaltet werden, dass genug Anreiz besteht, auch in Krisenzeiten Dienstleistung zu erbringen?

2. Krankenhäuser

Welche Rolle sollten Krankenhäuser in Krisensituationen spielen und wie sind sie zu ertüchtigen?

a) Welche Krankenhäuser in Bayern sollten als systemrelevant gelten und in umfassende Vorbereitungen für Krisen einbezogen werden?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

b) Welche Klinken oder Klinikverbünde könnten im Krisenfall die Versorgung aufteilen? Wo können zum Beispiel nur noch Infektpatienten behandelt werden, wo wird die Grund- und Regelversorgung aufrechterhalten?

c) Wie ist die Finanzierung dieser Krankenhäuser sicherzustellen, sodass sie wirtschaftlich und auskömmlich ist, jedoch auch den Aspekt der Vorhaltung umfassend berücksichtigt?

d) Welche Kapazitäten sollten für Krisenfälle vorgehalten werden? Könnte hier Israel als Vorbild dienen, wo die 26 Traumazentren immer 10 Prozent der Bettenkapazität für Krisenfälle vorhalten müssen?

e) Welche Ausstattung ist nötig (baulich, technisch, Material), um in Krisenzeiten adäquate Hilfe bieten zu können? Bei Material: Wie ist dieses zu lagern, umzuschlagen und zu finanzieren?

f) Welche personellen Ressourcen sind notwendig, um in Krisenzeiten adäquate Hilfe leisten zu können? Dabei sind Personalausfälle ebenso zu berücksichtigen wie die unter Punkt I.10 gestellten Fragen.

g) Wie können diese personellen Ressourcen aufgebaut werden und wie ist die Vergütung zu planen?

h) Wie können Konzepte aussehen, um außerhalb von Kliniken mit Zelten, Containern etc. Triage-Lösungen zu errichten? Wie sind diese zu standardisieren?

3. Ärztlicher Bereitschaftsdienst

Welche Rolle kann der ärztliche Bereitschaftsdienst in Krisenzeiten spielen?

a) Welche Ressourcen sind beim ärztlichen Bereitschaftsdienst zu aktivieren, wenn ein Krisenfall eintritt?

b) Wie können diese Ressourcen sichergestellt werden?

c) Wie müssen die Vermittlungszentralen verstärkt werden, um einem erhöhten Anrufaufkommen gerecht zu werden?

d) Ist es sinnvoll, Portalpraxen einzurichten, die im Krisenfall die Möglichkeit der 24-stündigen Überwachung von Patienten haben, um Kliniken zu entlasten? Können hier Pläne für vorhandene Liegenschaften gemacht werden?

4. Heil- und Hilfsmittelerbringer

Welche Maßnahmen sollten getroffen werden, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Heil- und Hilfsmittelerbringern und deren Leistung sicherzustellen?

a) Welche Heil- und Hilfsmittelerbringer sind auch in Krisenzeiten relevant für eine fortdauernde Behandlung der Patienten?

b) Wie kann gegebenenfalls eine Priorisierung der Behandlung sichergestellt werden?

c) Welche Unterstützung kann der Freistaat bieten, um das Angebot aufrecht zu erhalten?

5. Versorgung mit Medikamenten

Welche Relevanz hat die Versorgung mit Medikamenten im Krisenfall und welche innovativen Verteilungswege wären möglich?

a) Ist in Bayern eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken und damit Zugang zu Arzneimitteln sichergestellt?

b) Welche kreativen oder innovativen Ansätze wären denkbar, um im Krisenfall eine medikamentöse Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen?

c) Welche Vorhaltungen müssen bei Apotheken, Großhändlern, aber auch Pharmaherstellern getroffen werden, um auch im Krisenfall eine engpassfreie Versorgung sicherzustellen?

6. Rehabilitation

Auch in Krisenzeiten müssen Patienten in Rehabilitationsbehandlung. Wie kann diese sichergestellt werden?

a) Welche Rehabilitationseinrichtungen sollten als systemrelevant gelten?

b) Wie müssen diese ertüchtigt werden, um auch im Krisenfall weiterhin Rehabilitationsmaßnahmen anbieten zu können?

c) Wo macht es Sinn, im Krisenfall von stationärer zu ambulanter Rehabilitation zu wechseln und wie kann diese sichergestellt werden?

d) Welche Priorisierung der Patienten sollte erfolgen?

7. Ambulante Pflege

Wie kann in Krisenzeiten eine umfassende ambulante Pflege von Patienten erfolgen?

a) Wie sind Pflegedienste zu ertüchtigen, dass sie auch in Krisenzeiten ambulante Pflege erbringen können?

b) Welche Schutzmaßnahmen sind zu treffen, um Patienten und Personal zu schützen?

c) Nach welchen Kriterien kann die Pflege ggf. zeitlich befristet an Familienangehörige übergehen und wie sind diese darauf vorzubereiten?

8. Stationäre Pflege

Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um Pflegeeinrichtungen zu sichern und gleichzeitig den zu Pflegenden ein soziales Miteinander zu ermöglichen?

a) Wie ist ein umfassender Schutz von Bewohnern und Mitarbeitern in Pflegeeinrichtungen sicherzustellen?

b) Welche Kernpunkte müssen Notfallpläne enthalten, um eine Ausbreitung von Infektionen in Einrichtungen zu verhindern?

c) Wie ist eine soziale Teilhabe der Bewohner sicherzustellen?

9. Pflegende Angehörige

Wie ist es möglich, auch in Krisenzeiten pflegende Angehörige zu entlasten?

a) Wie kann auch in Krisenzeiten eine Tagespflege sichergestellt werden?

b) Macht es Sinn, Lohnersatzleistungen anzuheben, um kein Pflegedefizit entstehen zu lassen bzw. die Arbeitskraft der pflegenden Angehörigen zu sichern?

c) Welche Wege wären denkbar, um auch in Krisenzeiten eine Entlastung der pflegenden Angehörigen sicherzustellen?

10. Rekrutierung von Personal

Wie kann für die verschiedensten Bereiche außerhalb von Krisenzeiten Personal rekrutiert und geschult werden, um im Krisenfall Reserven zu haben?

a) In welchen Bereichen macht es Sinn, Personalreserven ggf. auch über Freiwillige vorzuhalten (außerhalb von Rettungsdiensten und Feuerwehren)?

b) Wie sind diese zu schulen und zu trainieren?

c) Wie kann im Krisenfall eine Schulung aussehen, um zügig neue Helfer zu gewinnen?

d) Wie ist die Sicherheit und Gesundheit dieser Helfer sicherzustellen?

11. Forschung

Welche Forschungsmaßnahmen sind notwendig, um zum Beispiel bei Pandemien schnell realistische Zahlen zum Ausbreitungsgeschehen zu erlangen?

a) Reichen die vorhandenen Forschungskapazitäten für umfassende Untersuchungen im Fall von Pandemien?

b) Macht es Sinn, durch Studien mit Obduktionen umfassende Erkenntnisse zu den Folgen einer Infektion zu erlangen?

c) Stehen genug finanzielle Mittel zur Verfügung, um umfassende Studien zu finanzieren?

II. Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Innere Sicherheit und Recht

1. Rettungsdienst

Wie ist die Struktur des Rettungsdienstes zu gestalten, um auch bei langanhaltenden Einsatzlagen dienstfähig zu bleiben?

a) Welche Vorhaltung braucht es außerhalb der Regelvorhaltung, des Sonderbedarfs und der Unterstützungsgruppen, um in Krisensituationen angemessen reagieren zu können? Ist diese Vorhaltung vorhanden?

b) Steht ausreichend Personal für die Besetzung der Fahrzeuge im Krisenfall zur Verfügung?

c) Ist die Anzahl der Spezialfahrzeuge für Infektionstransporte ausreichend und wenn nicht, wie und wo sollte diese ergänzt werden?

d) Sind die Integrierten Leitstellen in der Lage, über einen längeren Zeitraum mit einer Krise umzugehen? Wie kann eine bessere Vorbereitung auf solche Lagen erfolgen?

e) Macht es Sinn, die Leitstellen in Verbünden zusammenzufassen, um eine bessere personelle Ausstattung zu erreichen?

2. Materialvorhaltung

Welche Vorbereitungen und ggf. Lagervorhaltungen sind zu treffen, um zentral oder dezentral ausreichend Material zur Verfügung zu haben?

a) Welche Materialien sollten für Krisenfälle vorgehalten werden?

b) Für welche Bereiche sollte Material vorgehalten werden?

c) Macht eine zentrale oder dezentrale Lagerhaltung Sinn?

d) Wie kann im Krisenfall die Verteilung erfolgen?

3. Strukturen des Katastrophenschutzes

Entsprechen die Strukturen des Katastrophenschutzes noch den aktuellen Anforderungen?

a) Ist die Struktur aus der Führungsgruppe Katastrophenschutz (FüGK), Örtliche Einsatzleitung (ÖEL) etc. noch zeitgemäß und hat sie sich bewährt?

b) Ist die generelle Einrichtung eines „Versorgungsarztes“ auf Stabsebene sinnvoll?

c) Muss die Ausbildung der Führungspersonen den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden?

d) Macht es Sinn, im Katastrophenfall Fachleute mit der Leitung der Stäbe zu betrauen, oder soll auf politisches Personal als oberste Entscheider gesetzt werden?

e) Ist die Einrichtung eines bayernweiten Lagezentrums analog dem Lagezentrum des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn sinnvoll und welche Aufgaben könnten hier abgearbeitet werden?

4. Behelfskrankenhäuser und mobile Labore

Wie kann ein bayernweites Netz aus Behelfskrankenhäusern im Krisenfall die Krankenhauslandschaft entlasten?

a) Macht es Sinn, wieder ein Netz aus Behelfskrankenhäusern aufzubauen, wenn ja, wo?

b) Welches Material muss dafür beschafft und eingelagert werden?

c) Wie soll die personelle Besetzung erfolgen?

d) In welchen Fällen sollen die Behelfskrankenhäuser zum Einsatz kommen?

e) Wie können mobile Labore vorgehalten werden? Sollen diese an definierten Orten eingerichtet werden können oder machen mobile Einheiten Sinn?

5. Personalreserven

Stehen den Hilfsorganisationen in Bayern ausreichend Personalreserven zur Verfügung?

a) Wie ist der Bevölkerungsschutz in Bayern personell aufgestellt (Quantität und Qualität)?

b) Wie können Personalreserven gewonnen werden, welche Ausbildungen machen Sinn?

c) Macht es Sinn, die Bevölkerung großflächig in Bevölkerungsschutzmaßnahmen zu schulen und so für den Krisenfall einsatzfähig zu machen?

6. Einsatz der Bundeswehr

Wie kann die Bundeswehr in die bestehenden Strukturen mit eingebunden werden?

a) Wie ist die zivil-militärische Zusammenarbeit aktuell aufgestellt?

b) Welche Ressourcen der Bundeswehr wären im Krisenfall hilfreich?

c) Wie kann die Zusammenarbeit vorher sinnvoll trainiert werden?

7. Innere Sicherheit

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um auch im Krisenfall die Innere Sicherheit zu erhalten?

a) Welche Ressourcen sind für die Polizei erforderlich, um auch im Krisenfall handlungsfähig zu bleiben?

b) Welche Schutzmaßnahmen müssen ergriffen werden, um die Polizisten bei der Arbeit zu schützen? Bedarf es hier Innovationen?

c) Ist es sinnvoll, einfache Überwachungstätigkeiten (zum Beispiel von der Einhaltung von Tragepflichten eines Mund-Nasen-Schutzes) an andere Behörden (z. B. Ordnungsämter) zu delegieren, um die Polizei davon zu entlasten?

d) Wie ist die Sicherheit von Gefängnissen im Krisenfall sichergestellt? Welche Personalreserven stehen hier zur Verfügung?

8. Recht

Wie können Maßnahmen grundrechtskonform ergriffen werden?

a) Wie kann gewährleistet werden, dass bei Grundrechtsbeschränkungen die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird?

b) Wie lässt sich die verfassungsrechtliche garantierte Versammlungsfreiheit wahren?

c) Wie kann die Handlungsfähigkeit politischer Parteien während etwaigen Einschränkungen sichergestellt werden, insbesondere ihre Fähigkeit, sich voll am politischen Meinungskampf zu beteiligen?

d) Wie kann gewährleistet werden, dass die verfassungsrechtlich garantierte Berufsfreiheit (Wahl, Ausbildung und Ausübung) nicht eingeschränkt wird?

e) Wie kann der Ausschluss von Ungeimpften und Nicht-Genesenen vom Zugang zu kulturellen und sozialen Aktivitäten, wie zum Beispiel Museen oder sportlichen Aktivitäten, vermieden werden?

f) Wie können die jeweiligen Maßnahmen zeitlich so ausgestaltet werden, dass die frühestmögliche Rückkehr zur Normalität geboten wird?

g) Welche Möglichkeiten eröffnen sich, einen allzu bereitwilligen und achtlosen Umgang mit Grundrechtseingriffen zu reduzieren?

h) Lässt sich eine Impflicht bzw. Impfdruck mit dem Grundsatz der körperlichen Unversehrtheit gemäß Art. 2 Grundgesetz (GG) vereinbaren?

III. Arbeit, Soziales, Familie und Jugend

1. Definitionen und Kriterien

Welche Kriterien und Definitionen gelten allgemein in Krisenzeiten bzgl. der Auswahl von Expertengremien und systemrelevanten Berufen?

a) Nach welchen Kriterien werden Experten benannt, die in Krisenzeiten als Gremium zur Beratung der Staatsregierung im Bereich Arbeit, Soziales, Familie und Jugend fungieren?

b) Wie werden systemrelevante Berufe definiert und wer definiert diese?

c) Hat sich die Liste der systemrelevanten Berufe in der Coronakrise bewährt oder sollte diese optimiert werden?

2. Arbeit

Welche Möglichkeiten gibt es, um einer Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten entgegenzuwirken?

a) Wie wird man mit einer länger andauernden Arbeitslosigkeit, verursacht durch die Maßnahmen zu Eindämmung des Coronavirus, umgehen?

b) Wird es Programme geben, um die unverschuldet arbeitslos gewordenen Menschen wieder beruflich einzugliedern?

c) Welche Wiedereingliederungsprogramme könnten hierbei hilfreich sein?

d) Wie können die Kosten für diese Programme getragen werden?

e) Wie werden Menschen in Kurzarbeit, die in finanzielle Notlage geraten sind, durch den Staat finanziell unterstützt?

f) Wird das Konzept Homeoffice in jenen Berufen, die es erlauben, auch nach der Krise weiterhin verfolgt?

g) Was spricht für und was gegen eine gesetzliche Verankerung des „Rechts auf Homeoffice“?

3. Soziales

Wie kann in Krisenzeiten die Versorgung bedürftiger Menschen und ein regulärer Tagesablauf für Menschen mit Behinderungen aufrechterhalten bleiben?

a) Wie kann man in eventuellen künftigen Krisen den Betrieb von Werkstätten für Menschen mit Behinderung aufrechterhalten?

b) Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Menschen mit Behinderungen auch in Krisenzeiten sozialen Kontakt zu ermöglichen?

c) Wie kann man in Zukunft die Tafeln in Bayern besser unterstützen, damit der Betrieb auch in Krisensituationen gesichert bleibt?

d) Was wird unternommen, um die Zahl der Tafeln in Bayern wieder zu erhöhen?

e) Welche Konzepte können zukünftig eine konstante Versorgung der Tafeln sowie der Bedürftigen ermöglichen?

f) Welche Maßnahmen sind möglich, damit in einer Krisensituation die ortsnahe Versorgung von Bedürftigen durch dezentrale Ausgabestellen der Tafeln nicht zusammenbricht?

Welche Konzepte können in eventuellen künftigen Krisen die seelische und psychische Belastung von Menschen durch Vereinsamung verhindern?

a) Werden hier künftig Konzepte gemeinsam mit Psychiatern ausgearbeitet?

b) Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Menschen in Pflege- und Altenheimen auch in Krisenzeiten sozialen Kontakt zu ermöglichen?

c) Wie kann in Krisenzeiten sichergestellt werden, dass Menschen in Würde und unter Beisein der Familie sterben können?

d) Wie wird man mit Schadensersatzforderungen gegenüber der Staatsregierung wegen offenkundiger Fehlentscheidungen in Krisenzeiten umgehen?

4. Familie

Wie kann in Krisensituationen eine funktionierende Kinder- und Jugendhilfe sichergestellt werden?

a) Welche Konzepte gibt es, um in künftigen Krisen mit Ausgangssperren von Gewalt bedrohten Frauen und Kindern eine Zuflucht zu bieten, wenn die Frauenhäuser ohnehin schon überfüllt sind?

b) Welche Konzepte können in Krisenzeiten eine völlige Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen verhindern?

c) Wie kann sichergestellt werden, dass Kinder auch in Krisenzeiten soziale Kontakte zu anderen Kindern und Verwandten haben können?

d) Welche Maßnahmen und Konzepte sind geplant bzw. möglich, um künftig auch für den Sozialbereich eine angemessene Ausstattung mit Schutzausrüstung bereitzuhalten?

e) Wie kann in Krisenzeiten sichergestellt werden, dass Kinder ihren Bewegungsdrang ausüben können und damit gesünder bleiben?

IV. Bildung

1. Schulgebäude

Die Infektionswege eines Virus sind mannigfaltig. Insbesondere aber, wenn sich viele Personen auf kleinen Raum konzentrieren, steigt die Gefahr einer Ansteckung.

a) Welche Maßnahmen können zukünftig ergriffen werden, um die Ansteckungsgefahr im Klassenzimmer und im Schulgebäude zu minimieren?

b) Welche Maßnahmen können zukünftig ergriffen werden, um Schüler, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, auf ihrem Weg zum Schulgebäude bestmöglich zu schützen?

c) Welches Mindestmaß an Schutzausrüstung ist für Schulen entscheidend?

2*. Sicherstellen von Unterricht*

Die Sicherstellung des Unterrichts war einer der Hauptschwachpunkte in der Coronakrise. Es herrschte lange Zeit Unklarheit darüber, ob Unterricht überhaupt stattfinden könnte und sollte und wenn ja, in welcher Form. Es stellte sich die Frage, wie Leistungsnachweise einzuholen seien.

Eine weitere Problematik war die Situation der Lehrkräfte. Hier ging es nicht nur um das Risiko der Ansteckungsgefahr im Frontalunterricht, sondern auch um eine mögliche Mehrbelastung durch unorthodoxe Formen von Unterrichtsdauer und Unterrichtstageszeiten.

a) Wie kann sichergestellt werden, dass im nächsten Krisenfall ein flächendeckender Unterricht stattfindet?

b) Wie kann die gesundheitliche Unversehrtheit der Lehrkräfte sichergestellt werden?

c) Wie kann sichergestellt werden, dass Unterricht nicht in Überlänge und/oder zu einem außergewöhnlichen Tageszeitpunkt stattfindet?

d) Welche Möglichkeiten bestehen, um eine adäquate Vermittlung der Lerninhalte praktischer Unterrichtsfächer auch im Fernunterricht sicherzustellen?

3. Sicherstellung von Prüfungen

Relativ schwach agierte die Staatsregierung im Themenkomplex der Prüfungsleistungen. Zwar gab es für die Abschlussklassen ein Konzept, für alle anderen Klassen jedoch bestand kein verlässlicher Plan. Es war nicht eindeutig, wie mit Nachschreibeterminen umgegangen wird. Es entstanden Bürgeranfragen von Schülern, welche sich uns irritiert zuwandten.

a) Wie kann ein flächendeckendes Prüfungsangebot sichergestellt werden?

b) Wie kann ein zeitnahes Angebot von Nachprüfungen sichergestellt werden?

4. Sicherstellung von Alternativen

Vor der Coronakrise war die Möglichkeit, Alternativen zum regulären Schulunterricht zu installieren, rechtlich und gesellschaftlich verunmöglicht. Die Realität hat aber gezeigt, dass Heimunterricht durchaus das Potenzial hat, den regulären Schulunterricht unter Umständen zu ersetzen. Hier bedarf es eines weiteren Ausbaus.

a) Im Rahmen der Krisensituation hat sich das Modell des Heimunterrichts auch über dessen gesetzlich festgelegten Grenzen als praktikabel bewiesen. Wie stellt die Staatsregierung sicher, dass das Modell des Heimunterrichts in Ausnahmesituationen bestmöglich hinsichtlich der Unterrichtsqualität funktioniert?

b) Welche Möglichkeiten gibt es, das sich in Krisenzeiten bewährende Modell des Heimunterrichts als reguläre Alternative zum Schulunterricht anzubieten? Welches Modell der Leistungsabprüfung bietet die Staatsregierung hierfür an?

5. Sicherstellung von Infrastruktur

Die Coronakrise hat die mangelhafte multimediale und digitale Infrastruktur des bayerischen Bildungssystems aufgezeigt. Digitale Endgeräte waren und sind Mangelware. Um diese Endgeräte-Krise zu überwinden, muss ein flächendeckender Endgerätebesitz, sowohl von Schülern als auch von Lehrern, sichergestellt werden.

a) Welche infrastrukturellen Lücken existieren im digitalen Schulangebot des Freistaates Bayern?

b) Welche Möglichkeiten zur Bereitstellung digitaler Endgeräte für Schüler und Lehrer bestehen derzeit?

c) Wie schnell können diese Endgeräte bereitgestellt beziehungsweise kann den Schülern und Lehrern dabei geholfen werden, diese Endgeräte zu einem auch für schwache Einkommensschichten vertretbaren Kostenpunkt zugänglich zu machen?

d) Ein Hackerangriff hat gezeigt, dass das vorhandene digitale Angebot verwundbar ist. Wie kann sichergestellt werden, dass die Daten von Schulen und Nutzern sicher sind?

V. Wissenschaft

1. Forschung und freie Wissenschaft

Welche Rolle sollten die Forschung und die freie Wissenschaft in einem krisenfesten Freistaat spielen?

a) Welche Wissenschaftler und Institute sind zur Vorbereitung von Eindämmungsmaßnahmen von Katastrophenfällen einzubeziehen?

b) Wie kann verhindert werden, dass Regierungsstellen sich von vornherein auf die Expertise weniger Wissenschaftsinstitute verlassen?

c) Wie kann wissenschaftspolitisch vorgesorgt werden, dass nur wenige Institute die Meinungsführerschaft in Fachgebieten erhalten?

d) Wie kann wissenschaftspolitisch vorgesorgt werden, dass abweichende Positionen marginalisiert werden und bei der politischen Entscheidungsfindung keine Berücksichtigung finden?

e) Wie kann in der Wissenschaft wieder ein Geist der vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit Sachthemen etabliert werden, der in der Wissenschaftsgeschichte die Bedingung für Phasen der Hochblüte war?

f) Welche Fehlentwicklungen führten in den letzten 50 Jahren dazu, dass sich der freie Diskursrahmen in der Wissenschaft immer weiter verengte?

g) Welche Parameter für gesundheitliche, soziale bzw. politische Fehlentwicklungen könnten von Universitäten und Wissenschaftsinstituten definiert und beobachtet werden, um mittels Frühindikatoren Hinweise auf Fehlentwicklungen bzw. politischen Handlungsbedarf zu ermitteln?

h) Soll eine Beschränkung auf die Mehrheitsmeinungen im Gegensatz zur Wissenschaftsfreiheit weiter beibehalten werden?

i) Wie kann in Zukunft die Sicherstellung von Notfallmedikamenten, Impfstoffen oder Schutzausrüstungen sichergestellt werden?

2. Praktische Umsetzung

Welche Erkenntnisse aus dem Wissenschaftsbereich sind möglichst schnell in die Praxis umsetzbar?

a) In welchem Umfang sind wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in Sofortmaßnahmen zum Nutzen des Volkes umsetzbar?

b) Kann eine Task-Force im Notfall sofort eingesetzt werden, um vor Ort Letalität und Infektionsraten schnell festzustellen?

c) Welche Schlüsse können aus bisherigen Übungsszenarien bzw. fiktiven Krisensimulationen übernommen werden?

3. Lehre an den Hochschulen

Wie kann in Zeiten einer landesweiten Krise die Lehre an den Hochschulen weitgehend garantiert werden?

a) Wie können Hochschullehrer und Studenten wirksam gegen Gefahren geschützt werden?

b) Welche digitalen Lehrformate können vorgehalten werden, um eine möglichst störungsfreie Vorlesungszeit zu gewährleisten?

c) Welche Neuregelungen müssten getroffen werden, um Prüfungen sowohl theoretischer als auch praktischer Art weiterhin durchzuführen?

4. Kunst

Welche Maßnahmen könnten den Kunst- und Kulturbetrieb während einer Pandemie oder eines Katastrophenfalles weitgehend garantieren?

a) Wie sind in Zukunft Theater, Kinos etc. auf den Ausbruch einer Pandemie bzw. anderweitiger Krisen besser vorzubereiten?

b) Wie sind die Verdienstausfälle in Zukunft bedarfsgerecht zu kompensieren?

c) Welche digitalen Aufführungspraktiken sind als Ersatzmaßnahmen realistisch?

d) Darf Kunst und Kultur eine Rolle spielen, um Bürgern das Durchleben der Krise angenehmer zu gestalten?

VI. Wohnen, Bau, Verkehr

1. Gewerbegebiete mit Wohnbebauung/Mischgebiete

Wie kann eine verbesserte Verzahnung von Wohn- und Gewerbegebieten umgesetzt werden?

a) Welche Möglichkeiten bestehen durch die Erlaubnis einer geschickten Verzahnung von Gewerbegebieten mit Wohnbebauung, logistische Verbesserungen herbeizuführen, die zu einer Vermeidung von Fahrten mit dem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur Versorgung mit Dingen des alltäglichen Lebens führen?

b) Welche Möglichkeiten bestehen, ebendies für schon bestehende Mischgebiete zu verbessern?

c) Welche Geschäftsansiedlungen der kurzen Versorgungswege sind sinnvoll und können auf welche Weise gefördert werden?

2. Krankenhäuser

Wie können Krankenhäuser im Falle einer Epidemie/Pandemie mit gleichen oder schlimmeren Auswirkungen als SARS-CoV-2 ertüchtigt werden, ihren Aufgaben besser nachkommen zu können?

a) Welche baulichen Veränderungen/Maßnahmen erleichtern eine Trennung der im Epidemie-/Pandemiefall zu testenden Personen vom normalen Krankenhausbetrieb zur Vermeidung von Ansteckungen?

b) Welche baulichen Veränderungen/Maßnahmen erleichtern und verbessern eine getrennte Behandlung von Epidemie-/Pandemie-Erkrankten von herkömmlichen Patienten?

c) Welche baulichen Veränderungen/Maßnahmen gewährleisten den Fortgang des alltäglichen Behandlungsbetriebs mit seinen z. T. langfristig geplanten Behandlungsschemata?

d) Welche baulichen Veränderungen/Maßnahmen verringern das Risiko der Ansteckung des medizinischen Personals bei der Behandlung der Epidemie-/Pandemie-Erkrankten?

e) Wie kann eine Ansteckung des medizinischen Personals, die mit der Behandlung der Nicht-Epidemie-/Pandemie-Erkrankten betraut sind, durch bauliche Veränderungen/Maßnahmen verhindert werden?

f) Wie kann durch den Erhalt, die Ertüchtigung oder die Wiedereröffnung kleinerer, dezentraler Krankenhäuser (bzw. Krankenhausstandorte) die Versorgung sowohl der Epidemie-/Pandemie-Erkrankten als auch der Alltagspatienten entzerrt, verbessert oder ohne Abstriche aufrechterhalten werden?

3. Pflegeheime

Wie können Pflegeheime im Falle einer Epidemie/Pandemie mit gleichen oder schlimmeren Auswirkungen als SARS-CoV-2 das Risiko für Personal, Bewohner und Besucher verringern?

a) Welche übliche bauliche Umsetzung von Pflegeheimen bewirkt besondere Gefahren für Bewohner, Besucher und Personal im Falle einer Epidemie/Pandemie?

b) Welche baulichen Veränderungen/Maßnahmen verhindern oder erschweren die Ansteckung im Fortgang des alltäglichen Pflegebetriebs im Falle einer Epidemie/Pandemie?

c) Welche Möglichkeiten gibt es, durch bauliche Anpassungen den Bewohnern im Falle einer Epidemie/Pandemie den Kontakt mit ihren Verwandten und Bekannten zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, ohne ein erhöhtes Risiko der Ansteckung einzugehen?

d) Durch welche bauplanerischen Maßnahmen können Pflegeheime schon im Vorfeld dahingehend ertüchtigt werden, auch im Epidemie-/Pandemiefall eine reibungslose, die Gesundheit von Bewohnern und Personal nicht gefährdende technische Immobilienbetreuung zu ermöglichen?

4. Hilfskräfte (Feuerwehr/THW)

Wie kann den Hilfskräften von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk (THW) im Falle einer Epidemie/Pandemie mit gleichen oder schlimmeren Auswirkungen als SARS-CoV-2 ein verbesserter Schutz vor Ansteckungen ermöglicht werden?

a) Welche Rolle können baulichen Veränderungen/Maßnahmen an den Gebäuden und Einsatzgeräten vor, während und nach dem Einsatz beim Schutz der Hilfskräfte vor Ansteckungen spielen?

b) Welche baulichen Anpassungen/Veränderungen der Gebäude der Hilfskräfte ermöglichen eine Ausrichtung des Betriebs auf kleinere und daher mehrere Einsatzeinheiten, um mehr Sicherheit vor Ansteckung im Einsatzfall während einer Epidemie/Pandemie zu erhalten?

VI. Verkehr

1. Öffentliche Verkehrsmittel

Wie müssen die öffentlichen Verkehrsmittel organisiert und baulich verändert werden, um im Falle einer Epidemie/Pandemie die Ansteckungsgefahr zu minimieren?

a) Wie kann eine bauliche Veränderung der Verkehrsmittel Bus, Bahn, Tram-, U- bzw. S-Bahn zur Vermeidung bzw. Verringerung der Ansteckungsgefahr beitragen?

b) Wie kann eine Veränderung des Taktes der Verkehrsmittel Bus, Bahn, Tram-, U- bzw. S-Bahn zur Vermeidung bzw. Verringerung der Ansteckungsgefahr beitragen?

c) Wie müssen Zuggrößen bzw. -zusammenstellungen geändert werden, um einen positiven Beitrag zur Vermeidung bzw. Verringerung der Ansteckungsgefahr (auch im Zusammenhang mit geänderten Fahrtakten) zu leisten?

2. Private Verkehrsmittel

Wie kann die Nutzung und die Organisation der Nutzung privater Verkehrsmittel aller Art im Falle einer Epidemie/Pandemie mit gleichen oder schlimmeren Auswirkungen als SARS-CoV-2 dazu beitragen, eine zeitlich und örtlich abgestimmte Transportfunktion zu übernehmen, die zur Bewältigung des alltäglichen Lebens notwendig ist?

a) Wie sind die Verkehrsflüsse von PKW, LKW, Motorrädern, Fahrrädern etc. zu organisieren, damit eine Verringerung der Transportleistungen der öffentlichen Verkehrsmittel gewährleistet werden kann?

b) Wie sind die logistisch für das Funktionieren der privaten Verkehrsmittel notwendigen Zusatzleistungen (Tankstellen, Werkstätten etc.) reibungslos und unter Vermeidung von Ansteckungsgefahren entsprechend zu organisieren?

3. Transportmittel Hilfskräfte

Wie müssen die Transportmittel und Einsatzfahrzeuge der Hilfskräfte organisiert und baulich verändert werden, um im Falle einer Epidemie/Pandemie die Ansteckungsgefahr zu minimieren und die Leistungsfähigkeit zu erhalten?

VII. Energie

Kritische kommunale Infrastruktur in Bayern

Wie muss die Energieversorgung der kritischen kommunalen Infrastruktur organisiert und aufgebaut sein, um im Falle einer Epidemie/Pandemie vergleichbaren oder schlimmeren Ausmaßes als SARS-CoV-2 arbeitsfähig gehalten zu werden?

a) Wie ist die derzeitige Definition für die kritische Infrastruktur auf Landes- bzw. kommunaler Ebene in Bayern, die als besonders wichtig für die Aufrechterhaltung der Vitalfunktionen des Gemeinwesens anzusehen ist?

b) Wie ist eine ausreichende Energieversorgung der kritischen kommunalen Infrastruktur derzeit gewährleistet?

c) Gibt es mehrere Standbeine? Falls ja, welche? Wie lange können diese ihre Aufgabe erfüllen?

d) Können weitere sichere Standbeine für eine zuverlässige dauerhafte Energieversorgung bereitgestellt werden?

e) Kann die Energieversorgung auch mit verringertem Personalaufwand betrieben werden bzw. sind auch rollierende Gruppen möglich, um dies für die unabdingbar notwendigen Strukturen zu gewährleisten?

f) Wie kann eine dauerhafte logistische Betreuung und Versorgung des Betriebspersonals der Energieversorgung unter den Bedingungen einer Epidemie/Pandemie vergleichbaren oder schlimmeren Ausmaßes als SARS-CoV-2 dauerhaft gewährleistet werden?

VIII. Wirtschaft, Energie und digitale Infrastruktur

1. Vorbereitung von Unternehmen auf den Krisenfall

Wie können Unternehmen auf Krisen vorbereitet werden, um eine rasche Insolvenz zu verhindern und möglichst lange nicht auf staatliche Hilfen angewiesen zu sein?

a) Wie ist ein Liquiditätsengpass zu definieren?

b) Welche Kriterien müssen bei Unternehmen im Krisenfall erfüllt sein, um Liquiditätsengpässe temporär begrenzt über mehrere Monate überbrücken zu können?

c) Welche zentralen Faktoren führen zu einer krisenbedingten Insolvenz?

d) Welche Möglichkeiten sind seitens der Unternehmen vorhanden, um diese Faktoren zu minimieren?

e) Wie kann der Staat Unternehmen unterstützen, krisenbedingte Insolvenzfaktoren zu minimieren?

f) Sind besondere Merkmale feststellbar, die sich bei einem von einer Krise getroffenen Unternehmen im Vergleich zu anderen Unternehmen derselben Branche als robuster entpuppten?

g) Wie kann der Staat Unternehmen unterstützen, damit sie in vergangenen Krisen bewährte, vorteilhafte Merkmale verstärkt ausbilden?

h) Wie könnte die Kapitalstruktur sowie Anlage- und Umlagevermögen von Unternehmen dahingehend optimiert werden, damit diese sich im Krisenfall als robuster erweisen?

i) Welche Arten steuerlicher Anreize kann der Staat schaffen, damit die Kapitalstruktur sowie Anlage- und Umlagevermögen von Unternehmen im Hinblick auf Krisensituationen robuster strukturiert werden?

2. Robuste Lieferketten

Wie können robustere Lieferketten verstärkt etabliert werden, damit während einer Krisensituation im Optimalfall keine logistischen Engpässe auftreten?

a) Wie sind robuste Lieferketten zu definieren, damit sie im Krisenfall das Risiko von Lieferengpässen minimieren?

b) Welche Kriterien muss ein Unternehmen erfüllen, um robuste Lieferketten vorweisen zu können?

c) Wie kann der Staat die Notwendigkeit robuster Lieferketten bei Unternehmen verankern und fördern?

d) Für welche Wirtschaftsbereiche wären Partnerschaften mit welchen Ländern in Europa sinnvoll, um gemeinsam robuste Lieferketten innerhalb Europas zu schaffen?

e) Für welche Wirtschaftsbereiche ist es erforderlich, robuste Lieferketten innerhalb Deutschlands zu schaffen?

f) Für welche Wirtschaftsbereiche ist es notwendig, robuste Lieferketten innerhalb Bayerns zu schaffen?

3. Wirtschaftliche Einschränkungen

Wie kann der Staat sicherstellen, dass im Krisenfall verhängte wirtschaftliche Einschränkungen intelligent getroffen werden und diese sich auf das minimal Notwendige beschränken?

a) Welche Arten von staatlichen Einschränkungen der Wirtschaft können in Krisenfällen erforderlich werden?

b) Welche staatlichen Einschränkungen der Wirtschaft könnten im Krisenfall vom Bund kommen und welche von den Bundesländern?

c) Wie können staatliche Einschränkungen der Wirtschaft zwischen Bund und Ländern möglichst harmonisiert werden, um ein undurchsichtiges Dickicht an unterschiedlichen Regelungen zu verhindern?

d) Welche Wirtschaftsbereiche sind von Einschränkungen der Binnenwirtschaft besonders betroffen?

e) Welche Wirtschaftsbereiche sind von eingeschränkten Importmöglichkeiten besonders betroffen?

f) Welche Wirtschaftsbereiche sind von eingeschränkten Exportmöglichkeiten besonders betroffen?

g) Welche Wirtschaftsbereiche sind von Einschränkungen des Personenverkehrs besonders betroffen?

h) Wie können in welchen zeitlichen Abständen wirtschaftliche Einschränkungen auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden?

i) Wie muss eine regelmäßige Evaluierung ausgestaltet sein, um die wirtschaftlichen Einschränkungen auf das minimal Notwendige zu beschränken?

j) Wie muss ein chronologischer „Fahrplan“ bis zur Aufhebung von wirtschaftlichen Einschränkungen ausgestaltet sein?

k) In welcher Art und Weise sollten Lockerungen der wirtschaftlichen Einschränkungen der Öffentlichkeit kommuniziert werden?

l) Über welche Strukturen und Plattformen müssen Lockerungen der wirtschaftlichen Einschränkungen kommuniziert werden?

m) Wie kann eine ausreichende Transparenz im Bereich der Entscheidungsfindung über zu beschließende Wirtschaftseinschränkungen gewährleistet werden, damit nachvollziehbare Entscheidungen zu einer erhöhten öffentlichen Akzeptanz der durchzuführenden Maßnahmen führen?

4. Wirtschaftliche Hilfen

Wie kann die Wirtschaft während einer Krise durch den Staat geschützt werden?

a) Welche Arten von Hilfsmaßnahmen stehen dem Staat zur Verfügung, um die Wirtschaft während einer Krise zu schützen?

b) An welche Bedingungen sind wirtschaftliche Hilfen zu koppeln?

c) Wann sind individualisierte Hilfen für bestimmte Wirtschaftsbereiche erforderlich?

d) Unter welchen Voraussetzungen sind pauschale Wirtschaftshilfen notwendig?

e) Wie können von einer Krise besonders betroffene Wirtschaftsbereiche möglichst schnell unterstützt werden?

f) Für welchen Zeitraum sollten Hilfen terminiert werden, ist dies beispielsweise auch noch Monate nach der Krise notwendig?

g) Wie können wirtschaftliche Hilfen möglichst unbürokratisch und schnell an die bedürftigen Wirtschaftsakteure kommen?

h) Wie muss eine effektive Kommunikation der Wirtschaftshilfen ausgestaltet sein?

i) Wie können Hilfsmaßnahmen möglichst missbrauchssicher eingerichtet werden?

j) Wie können wirtschaftliche Hilfen harmonisiert werden, damit sich diese auf den unterschiedlichen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen ergänzen, statt parallel zu laufen?

5. Schutz bayerischer Schlüsselindustrien

Wie kann der Ausverkauf von bayerischen Schlüsselindustrien ins Ausland verhindert werden?

a) Welche Industrien sind als bayerische Schlüsselindustrien zu definieren?

b) Wie haben in der Vergangenheit in Ländern der Bundesrepublik Deutschland ausländische Investoren versucht, strategische Übernahmen von Schlüsselindustrien durchzuführen?

c) Welche Möglichkeiten stehen dem Staat zur Verfügung, um den Ausverkauf bayerischer Schlüsselindustrien zu verhindern?

d) Wie müsste die Gesetzeslage angepasst werden, damit der Staat bayerische Schlüsselindustrien aktiver schützen kann?

6. Strukturen einer krisensicheren Energieversorgung

Wie muss die Energieversorgung aufgebaut sein, damit im Krisenfall das Risiko von Versorgungsengpässen im Bereich der Energieversorgung minimiert wird?

a) Welche Energieträger sind für die Energieversorgung Deutschlands von größtem Interesse?

b) Wie sind Engpässe für die wichtigsten Energieträger der deutschen Energieversorgung zu definieren?

c) Welche Energieversorgungsuntergrenzen sind zu definieren, die bei Unterschreiten zu schweren wirtschaftlichen Schäden führen?

d) Welche der für Deutschland wichtigsten Energieträger sind ausschließlich über Importe zu erhalten?

e) Welche der ausschließlich über Import erlangbaren Energieträger können durch Diversifikation der Exportländer krisensicherer gestaltet werden?

f) Wie sollte die Zusammenarbeit im Bereich der Energieversorgung zwischen Bayern und benachbarten europäischen Ländern ausgestaltet sein, damit Bayern im Krisenfall das Risiko von Versorgungsengpässen minimieren kann?

g) Welche der wichtigsten Energieträger sind autark innerhalb der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten?

h) Könnten kurzfristig Energieträger wie Kohle, welche in Deutschland verfügbar sind, etwaige Engpässe in Bayern kompensieren?

i) Welche Rolle könnten synthetisch hergestellte Energieträger im Krisenfall spielen?

j) Wie ist ein Engpass im Bereich der elektrischen Versorgung für Bayern zu definieren?

k) Welche Untergrenze im Bereich der elektrischen Versorgung darf in Bayern nicht unterschritten werden, um keine nachhaltigen wirtschaftlichen Schäden zu erleiden?

l) Welche Ursachen für Unterbrechungen des Stromnetzes gibt es?

m) Wie können Unterbrechungen des Stromnetzes schnell überbrückt werden?

n) Wie kann Unterbrechungen des Stromnetzes vorgebeugt werden?

7. Digitale Infrastruktur

Wie kann sichergestellt werden, dass die digitale Infrastruktur während einer Krise aufrecht erhalten bleibt?

a) Was umfasst die digitale Infrastruktur?

b) Welche Rolle spielt die digitale Infrastruktur in Krisenfällen?

c) Welcher wirtschaftliche und gesellschaftliche Schaden könnte bei einer Krise entstehen, wenn die digitale Infrastruktur direkt angegriffen wird?

d) Wie ist der Stand des Ausbaus digitaler Infrastruktur im Freistaat Bayern?

e) Welche Anforderungen müssen erfüllt sein, um eine für Krisen ausreichende digitale Infrastruktur bereitzustellen?

IX. Umwelt und Verbraucherschutz

1. Auswirkungen auf anthropogene Emissionen

Welchen Einfluss hatte die Coronakrise auf anthropogene Emissionen, deren Dynamik und ihre Wechselwirkungen mit der natürlichen Umwelt?

a) Wie können während der Coronakrise erhobene Umweltdaten dazu beitragen, stichhaltige Erkenntnisse über die Ausbreitungsdynamik von anthropogenen Emissionen zu erlangen?

b) Können diese Daten dazu beitragen, die kurz-, mittel und langfristigen Effekte von anthropogenen Emissionen besser beurteilen zu können?

c) Können diese Daten dazu beitragen, die Wechselwirkungen von anthropogenen Emissionen mit unterschiedlichen Umweltkompartimenten besser zu bewerten und Ableitungen daraus zu treffen?

d) Können diese Daten dazu beitragen, aktuell geltende Grenzwerte besser bewerten und gegebenenfalls revidieren zu können?

e) Können diese Daten dazu beitragen, den anthropogenen Einfluss auf die atmosphärische Zusammensetzung näher zu beziffern?

f) Können diese Daten dazu beitragen, den anthropogenen Einfluss auf die Zusammensetzung anderer Umweltkompartimente besser bewerten zu können?

g) Wie tragen die während der Coronakrise erhobenen Daten dazu bei?

h) Welchen Einfluss hat die Coronakrise auf zukünftige Erhebungen von Emissionsdaten und die zugehörigen Messsysteme?

2. Auswirkungen auf die Biosphäre

Wie können während der Coronakrise erhobene Daten dazu beitragen, in Zukunft genauere Beurteilungen über den anthropogenen Einfluss auf die Schadstoffbelastung in der Biosphäre treffen zu können?

a) Ergaben sich coronabedingte Änderungen in der Belastung terrestrischer Ökosysteme und wie werden diese in Bezug auf die letzten fünf Jahre vor der Coronakrise bewertet?

b) Ergaben sich coronabedingte Änderungen in der Belastung aquatischer Ökosysteme und wie werden diese in Bezug auf die letzten fünf Jahre vor der Coronakrise bewertet?

Wie können während der Coronakrise erhobene Daten dazu beitragen, in Zukunft genauere Beurteilungen über den anthropogenen Einfluss auf die Populationsdynamik von Organismen zu treffen?

a) Ergaben sich coronabedingte Änderungen der Populationsdynamik in terrestrischen Ökosystemen und wie werden diese in Bezug auf die letzten fünf Jahre vor der Coronakrise bewertet?

b) Ergaben sich coronabedingte Änderungen der Populationsdynamik in aquatischen Ökosystemen und wie werden diese in Bezug auf die letzten fünf Jahre vor der Coronakrise bewertet?

3. Auswirkungen auf die Atmosphäre

Wie können während der Coronakrise erhobene Umweltdaten dazu beitragen, den anthropogenen Einfluss auf atmosphärische Prozesse in Zukunft besser beurteilen zu können?

a) Können diese Daten dazu beitragen, Erkenntnisse über den anthropogenen Einfluss auf das regionale Wettergeschehen zu erlangen?

b) Können diese Daten dazu beitragen, Erkenntnisse über den anthropogenen Einfluss auf das globale Wettergeschehen zu erlangen?

c) Können diese Daten dazu beitragen, Erkenntnisse über den anthropogenen Einfluss auf das Klima zu erlangen?

4. Auswirkungen auf das Verbraucherverhalten

Können während der Coronakrise erhobene Verbraucher- und Marktdaten dafür genutzt werden, zukünftige Anforderungen an den Verbraucherschutz besser abschätzen zu können und die Krisensicherheit der Versorgung zu verbessern?

a) Wie kann zukünftig die Versorgung mit Lebens- und Verbrauchsgütern während einer Krise verbessert und gleichzeitig der Verbraucherschutz gefördert werden?

b) Wie können die Auswirkungen auf die Reise- und Tourismusindustrie während einer Krise gemildert und gleichzeitig der Verbraucherschutz gefördert werden?

c) Ergaben sich coronabedingte Änderungen bei der rechtlichen Bewertung verbraucherschutzrelevanter Themen und welche Auswirkungen haben diese auf zukünftiges Krisenmanagement?

5. Auswirkungen auf Verbraucherberatung

Können während der Coronakrise erhobene Verbraucher- und Marktdaten dafür genutzt werden, die Informationsbereitstellung im Bereich des Verbraucherschutzes zu verbessern?

a) Wie können die Erkenntnisse aus der Coronakrise dafür genutzt werden, zukünftig konventionelle (z. B. physische und fernmündliche) Verbraucherinformationssysteme zu verbessern?

b) Wie können die Erkenntnisse aus der Coronakrise dafür genutzt werden, zukünftig digitale Verbraucherinformationssysteme zu verbessern?

c) Wie können diese Erkenntnisse dafür genutzt werden, zukünftig die Arbeit von Verbraucherschutzinstitutionen besser und effizienter zu gestalten?

d) Wie können diese Erkenntnisse dafür genutzt werden, um die personelle Ausstattung von Verbraucherschutzinstitutionen zu verbessern?

Können die während der Coronakrise erhobenen Daten dafür genutzt werden, um Verstöße im Bereich des Verbraucherschutzes besser erkennen, verfolgen und ahnden zu können?

a) Wie kann die Lebensmittelsicherheit in Krisenzeiten besser gewährleistet werden?

b) Wie kann der Produktpiraterie in Krisenzeiten besser begegnet werden?

c) Wie kann den unterschiedlichen Betrugsformen im Finanzsektor in Krisenzeiten besser begegnet werden?

d) Wie kann den unterschiedlichen Betrugsformen im digitalen Sektor besser begegnet werden?

e) Wie kann den unterschiedlichen Betrugsformen in Handel und Gewerbe besser begegnet werden?

X. Land- und Forstwirtschaft

1. Personalbestand in der Landwirtschaft

Wie kann Personalnotständen in der Landwirtschaft, insbesondere bei saisonalen Arbeitskräften, in Krisenzeiten zukünftig effektiver begegnet werden und welche Lehren lassen sich diesbezüglich aus der Coronakrise ziehen?

a) Wie lässt sich ein stabiler Personalbestand in landwirtschaftlichen Betrieben auch in Krisenzeiten aufrechterhalten und welche Maßnahmen, die im Zuge der Coronakrise getroffen wurden, zeigten positive Effekte für die Sicherstellung notwendiger Fachkräfte?

b) Welche Lehren aus der Coronakrise lassen sich für den zukünftigen Umgang mit saisonalen Arbeitskräften und den Erhalt von Arbeitsplätzen für Saisonarbeiter ziehen?

c) Welchen Effekt hatten Betriebsaufgaben auf den Personalbestand landwirtschaftlicher Betriebe in der Coronakrise und wie lassen sich krisenbedingte Entlassungen vermeiden?

2. Auswirkungen auf die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Wie kann die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Krisenzeiten sichergestellt werden und welche Ergebnisse lassen sich diesbezüglich aus der Coronakrise ableiten?

a) Bei welchen landwirtschaftlichen Produkten ist es wegen der Coronakrise zu stärkeren Marktschwankungen gekommen und wie lassen sich zukünftig solche Auswirkungen auf die Erzeugerpreise abmildern?

b) Wie haben sich die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe während der Coronakrise entwickelt und wie können diese in künftigen Krisenzeiten stabilisiert werden?

c) Wie hat sich die Coronakrise auf das Investitionsverhalten, z. B. auf die Anschaffung landwirtschaftlicher Betriebsmittel und Maschinen, ausgewirkt?

3. Auswirkungen auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe

Wie reagieren die regionalen Wertschöpfungsketten auf die Coronakrise und welche Stabilisierungsmaßnahmen können getroffen werden, um diese in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten?

a) Wie lässt sich die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln aus landwirtschaftlichen Betrieben in Krisenzeiten sicherstellen und welche diesbezüglichen Erfahrungen lassen sich aus der Coronakrise ableiten?

b) Wie krisenfest erweist sich die Nachfrage bei Hofläden sowie regionalen Internet-Verkaufsplattformen und was kann getan werden, um diese zukünftig weiter zu stärken?

c) Wie kann die Struktur von Lieferketten stabilisiert werden und welche Lehren lassen sich diesbezüglich aus der Coronakrise ableiten?

d) Ergaben sich coronabedingte Änderungen in Sektoren, die der Landwirtschaft nachgelagert sind (z.B. Verpackungsindustrie, Logistik etc.), und wie können zukünftig negative Rückkopplungseffekte für die Erzeugerseite vermieden werden?

4. Auswirkungen auf die Einkommenssituation von Betrieben

Welche Auswirkungen ergaben sich durch die Coronakrise auf die Einkommenssituation von landwirtschaftlichen Betrieben und wie kann diese künftig so stabilisiert werden, dass diese systemrelevante Branche auch in Krisenzeiten die Nahrungsmittelproduktion aufrechterhalten kann?

a) Wie haben sich die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe während der Coronakrise entwickelt und wie können diese in künftigen Krisenzeiten stabilisiert werden?

b) Ergaben sich coronabedingte Änderungen bei der Einkommensverteilung landwirtschaftlicher Betriebe (nach Betriebstypen und -größen) und wie können diesbezüglich gewonnene Erkenntnisse dazu genutzt werden, diesen entgegenzuwirken?

c) Wie viele landwirtschaftliche Betriebe mussten coronabedingt Insolvenz anmelden und welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für den Zustand und die Stabilität der bayerischen Landwirtschaft insgesamt ziehen?

5. Auswirkungen auf das Tierwohl

Wie können die während der Coronakrise gewonnen Erkenntnisse dafür genutzt werden, um das Tierwohl zu verbessern und auch in Krisenzeiten sicherzustellen?

a) Hatten coronabedingte Abnahmen des Tierbestandes bei landwirtschaftlichen Betrieben (beispielsweise durch erweitertes Platzangebot) einen positiven Effekt auf das Tierwohl und wie lässt sich dieser zukünftig aufrechterhalten?

b) Wie gestaltete sich das Investitionsverhalten in Tierwohlprojekte während der Coronakrise und wie kann sichergestellt werden, dass auch in künftigen Krisenzeiten genügend liquide Mittel für derartige Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden können?

6. Auswirkungen auf die Waldfunktionen

Welche Erfahrungen lassen sich aus der Coronakrise für den Wald in seiner Nutz-, Schutz-, und Erholungsfunktion ableiten?

a) Welche Erfahrungen konnten aus der Coronakrise für die Waldnutzung, insbesondere in Bezug auf die Rohstoffgewinnung und den Personalbestand, gewonnen werden?

b) Welche Erfahrungen konnten aus der Coronakrise für die Schutzfunktion von Wäldern gewonnen werden, beispielsweise durch erhöhten heimischen und Tagestourismus mit der Auswirkung auf den Lebensraum von Wildtieren durch wechselnde Einstände?

c) Ergaben sich coronabedingte Änderungen der Schutzfunktion von Wäldern durch Verzögerungen beim Waldumbau und wie können derartige Projekte auch bei künftigen Krisen fortgeführt werden?

d) Welche Erfahrungen konnten aus der Coronakrise für die Schutzfunktion von Wäldern bei der Regulierung des Wasserhaushaltes gewonnen werden und wie kann diese wichtige Funktion krisenresistenter gestaltet werden?

e) Welche Erfahrungen konnten aus der Coronakrise für die Erholungsfunktion des Waldes, etwa durch verändertes Tourismusaufkommen oder Erholungsverhalten, gewonnen werden?

XI. Europa- und Bundesangelegenheiten

Wie kann internationale Kooperation die Effizienz bei der Bekämpfung von Pandemien erhöhen?

a) Wie kann die Risikoeinschätzung besser mit anderen, bereits von einer Pandemie betroffenen Ländern koordiniert werden?

b) In welchen Bereichen ist ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene effizienter als ein föderales Vorgehen nach regionalen Gegebenheiten?

c) Welche Lehren können aus den verschiedenen Vorgehensweisen von Deutschland, der chinesischen Republik Taiwan, Schweden sowie Italien gezogen werden?

d) Was kann auf nationaler sowie auf EU-Ebene getan werden, um die zu großen Teilen in andere Weltregionen verlagerte Produktion lebenswichtiger Güter (Arzneimittel, Schutzausrüstung etc.) innerhalb der EU zu fördern?

e) Welche befreundeten Länder innerhalb der EU sind in ihrer Struktur/Gesundheitssystem/Katastrophenschutz etc. mit Deutschland vergleichbar und wie kann eine feste bilaterale Schnittstelle für den Erfahrungsaustausch und z. B. gemeinsame Forschung und Entwicklung zur Steigerung der Ressourceneffizienz installiert werden?

Begründung:

Die Pandemie hat Bayern und die Welt vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Mit einem Lockdown sollte es gelingen, das Infektionsgeschehen einzudämmen und zu verlangsamen. Die Folgen daraus waren allerdings nicht absehbar. Es wurden drastische Maßnahmen verordnet, die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland nie stärker eingeschränkt wurden als heute.

Immer wieder kam es zu Verschärfungen, obwohl die Wirksamkeit der vorherigen Maßnahmen noch nicht abschließend bewertet und deren Umsetzung auch unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes nicht notwendig oder begründet war, sodass zunächst gerichtliche Entscheidungen abgewartet werden mussten, bevor Lockerungen eintraten. Dies hat u. a. dazu geführt, dass Maßnahmen, wie etwa Kontaktbeschränkungen, Laden- und Schulschließungen, ein Verbot von Gottesdiensten, die Schließung der Gastronomie oder Kultureinrichtungen, Ausgangssperren, ein zeitweises Verbot von Versammlungen etc., getroffen wurden, deren verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeit und Vereinbarkeit in Frage stehen. Weitere Maßnahmen haben zu einer Trennung von Geimpften, Genesenen und Nicht-Immunisierten geführt, wodurch Teile der Gesellschaft systematisch vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen wurden. Insbesondere diese verfassungsrechtlichen Eingriffe haben zu einer massiven Spaltung der Gesellschaft beigetragen.

Schul- und Kitaschließungen haben rückblickend nicht zur Verbesserung der Infektionslage in Bayern oder Deutschland beigetragen. Studien haben hierzu ergeben, dass Kinder sich nicht vermehrt in Schulen oder Kitas, sondern im familiären Umfeld ansteckten. Auch stellt die Infektionssterblichkeit oder die Hospitalisierung aufgrund des nahezu unmerklichen Risikos keinen Einfluss auf das Gesundheitssystem dar. Demgegenüber werden jedoch immense psychische Folgeschäden und der Anstieg der Suizidrate als Folge mangelnder Sozialkontakte drastisch vernachlässigt.

Die vergangenen Jahre der Coronakrise haben gezeigt, dass verfassungsrechtliche Eingriffe zu bereitwillig und achtlos umgesetzt werden. Dies lässt befürchten, dass dieses Vorgehen nicht nur ein temporärer Zustand bleibt, sondern zumindest in einigen Bereichen der Gesellschaft fortgesetzt werden soll. Um für künftige Herausforderungen dieser Art gewappnet zu sein, muss sich Bayern in den verschiedensten Bereichen anders aufstellen, Vorbereitungen treffen, Vorhaltungen von Material und Personal einrichten und überprüfen, wo gewachsene Strukturen keinen Bestand mehr hatten und verändert werden müssen. Daraus abgeleitet können Lockdowns vermieden und verhältnismäßige, verfassungskonforme Maßnahmen getroffen werden, die das gesellschaftliche Zusammenleben aller Bürger ermöglichen.

Als sinnvollste Möglichkeit der Analyse und Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen ist der Weg der Enquete-Kommission zu wählen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.05.2022 **Drucksache**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/**22450**

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Alexander Hold**

II. Bericht:

1. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 12. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Zustimmung
SPD:	Ablehnung
FDP:	Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. Mai 2022 (Vf. 6-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 46 Abs. 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

   PII-G1310.22-0005
   Drs. 18/23117 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung V – Fachgespräch zur Gebäudeklasse „E“
Drs. 18/19880, 18/22445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Coronamaßnahmen an Schulen und Hochschulen beenden – Freiheit für unsere Schüler und Studenten!
Drs. 18/21297, 18/22989 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Übertritt: Eltern sollen über die Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden
Drs. 18/21298, 18/22990 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maskenpflicht im Unterricht muss ein Ende haben!
Drs. 18/21299, 18/22991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken
Drs. 18/21595, 18/23105 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	A

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Michael Busch u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Zeit verlieren: Schnelle und umfassende Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine machen
Drs. 18/21640, 18/22992 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

8. Antrag des Abgeordneten Christian Klingen (fraktionslos)
Unterbringung der Haustiere von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine
Drs. 18/21725, 18/23118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	A	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Friedensbildung an Bayerns Schulen verankern – Servicestelle einrichten
Drs. 18/21821, 18/22994 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	A	A

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Partnerschaft pflegen und Perspektiven schaffen: Ukraine, Georgien und Moldau an die EU heranführen
Drs. 18/21959, 18/23115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen
Drs. 18/22213, 18/22995 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau – Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung"** zugrunde zu legen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 20.07.2022 **Drucksache** 18/**23771**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**22450**, 18/**23156**

Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag „Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen."

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Karl Freller
I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Christoph Maier
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Tobias Reiß
Abg. Toni Schuberl
Abg. Dr. Hubert Faltermeier
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Alexander Muthmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u. a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen." (Drs. 18/22450)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich darf Sie bitten, Gespräche außerhalb des Saales zu führen. Wir haben noch diese eine Debatte, dann gehen wir in die Mittagspause.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute über den Antrag mit dem Titel: "Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag, Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.'" Der Antrag wurde am 12. Mai 2022 im Verfassungsausschuss beraten.

Ich führe jetzt wenige Aussagen aus dem Protokoll des Ausschusses vom 12. Mai an, weshalb denn dieser Antrag abgelehnt wurde. Herr Kollege Hold von den FREIEN WÄHLERN lehnte den Antrag ab, da es seiner Meinung nach nicht möglich sei, in der vorgesehenen Zeit eine Kommission zu gründen. Herr Kollege Arnold von der SPD sagte, dass die in der aktuellen Legislatur verbleibende Zeit zu kurz sei. Herr Kollege Schuberl von den GRÜNEN meinte, eine Enquete-Kommission wäre zwar grundsätzlich der richtige Weg, doch erst in der Zeit nach der Pandemie. Also alle haben ein Zeitproblem, von der Regierungspartei CSU möchte ich jetzt gar nicht reden.

Mit diesen Begründungen für die Ablehnung des Antrags sind wir aber nicht zufrieden. Der Antrag wurde bereits am 8. April dieses Jahres eingereicht; von den anderen Oppositionsfraktionen kam diesbezüglich nichts. Auch von den Regierungsfraktionen kam nichts. Bei der Beratung im Ausschuss am 12. Mai wäre genug Zeit für Sie gewesen, aufzuspringen, mit uns gemeinsam einen Antrag zu formulieren und darüber heute im Plenum des Bayerischen Landtags abzustimmen.

Eine Enquete-Kommission ist dringend notwendig; denn sie hätte den Auftrag, die bisherige Corona-Politik der Staatsregierung kritisch zu würdigen und gleichzeitig Lösungsvorschläge für den Herbst und für den Winter zu erarbeiten. Die Kommission könnte genau das leisten, was Verfassungsjuristen immer wieder gefordert haben, nämlich die angemessene Beteiligung des Bayerischen Landtags, dieses Hohen Hauses, das im Freistaat Bayern die höchste Entscheidungskompetenz auch bei grundrechts- und freiheitseinschränkenden Maßnahmen haben muss.

Sehr geehrte Damen und Herren, heute liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, dem die Abgeordneten dieses Hohen Hauses einfach nur zustimmen müssten, um diese notwendige Parlamentsbeteiligung vollständig zu ermöglichen.

(Beifall bei der AfD)

Die wesentlichen politischen Entscheidungen dürfen nicht länger im Ministerrat getroffen werden. Sie müssen hier im Bayerischen Landtag getroffen werden. Wie dringend diese coronapolitische Wende um 180 Grad ist, zeigt der Evaluationsbericht des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenausschusses. Dort wird festgestellt, dass die ergriffenen Maßnahmen den Menschen einen schweren Schaden zugefügt hätten. Die Datenerhebung sei seit Beginn unzureichend. Die Rechtsgrundlagen bedürften einer grundlegenden Neuausrichtung. Insgesamt seien die Schutzmaßnahmen mit massiven und einzigartigen Grundrechtseinschränkungen unzureichend gewesen, wenn es darum ging, Wirksamkeit und Effektivität gemeinsam abzuwägen und gleichzeitig die Grundrechte verhältnismäßig gelten zu lassen.

Grundrechte wie die körperliche Bewegungsfreiheit, die Religionsfreiheit, die Versammlungsfreiheit ebenso wie die Berufsfreiheit sowie der Zugang zu Bildung und Ausbildung seien komplett verunmöglicht worden. Die Bürger seien in ihrem Lebensalltag so stark eingeschränkt worden wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Der Evaluationsbericht hat auch festgestellt, dass ein Eingriff, der sich zu einem früheren Zeitpunkt als verhältnismäßig erwiesen habe, zu einem späteren Zeitpunkt unverhältnismäßig werden könnte. Alle diese Erkenntnisse müssten in die zukünftige Corona-Politik miteinbezogen werden.

(Beifall bei der AfD)

Im Einzelnen stellte der Bericht auch fest, Lockdowns seien zu Beginn einer Pandemie wirksam, nicht aber in der Mitte oder ganz am Ende. Die Kontaktnachverfolgung funktioniere ebenfalls nur in der Frühphase einer Pandemie. 2G- und 3G-Maßnahmen werden komplett abgelehnt, da dadurch die Grundrechte zu stark eingeschränkt werden. Schulschließungen: Die Wirksamkeit sei nach wie vor offen. – Und jetzt zur Maskenpflicht, aufgemerkt: Eine generelle Empfehlung zum Tragen von FFP2-Masken sei aus den bisherigen Daten nicht ableitbar. – FFP2-Masken haben sich also nicht in dem Maße bewährt, wie das hier von der Staatsregierung immer wieder verkündet wurde.

Das Evaluationsgremium kommt daher zu dem Schluss, dass die Aufklärung und Beurteilung der Maßnahmen längst hätten durchgeführt werden müssen. Die schlechte Datenlage erschwere zwar die Auswertung, nichtsdestoweniger seien ausreichend Daten vorhanden. – Sehr geehrte Damen und Herren, genau diese Erkenntnisse müssen in die coronapolitischen Entscheidungen einbezogen werden. Dazu soll die von uns beantragte Enquete-Kommission ihren Beitrag leisten. Das in Politikerreden viel beschworene "Nie wieder" muss jetzt für Lockdowns und Maskenpflicht gelten. Daher fordern wir: Nie wieder blinder Verbotswahn, und nie wieder verfassungswidrige Freiheitseinschränkungen in Bayern. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag auf Drucksache 18/22451 bekannt. Mit Ja haben 61, mit Nein 92 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 2. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der nächste Redner ist Herr Kollege Reiß für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen der AfD-Fraktion hat deutlich gemacht, dass es nicht darum geht, resilienter für die Zukunft zu werden oder den Staat und alle Menschen zu schützen sowie gesamtgesellschaftlich vorzusorgen, sondern es geht der AfD wie immer nur darum, in den Rückspiegel zu schauen, Dinge zu kritisieren, einen überbordenden Fragenkatalog vorzulegen, der mitnichten die Themenkomplexe umfasst, die Sie, Herr Kollege Maier, hier gerade zum Besten gegeben haben. Ihnen geht es um die Fragen: "Was war verfassungskonform und was nicht?", "Wie waren die letzten zwei Jahre in dieser Pandemie?", und Sie vergessen dabei, dass die Menschen in Bayern, die Rettungsorganisationen, die staatlichen Behörden, die Kommunen und die Landkreise in der Katastrophenbewältigung und im Krisenmanagement Hervorragendes geleistet haben, wofür wir ein herzliches Vergelts Gott sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie verweisen ja selber auf die Stellungnahme der Expertenkommission. Diese Fragen werden also aufbereitet, es wird hinterfragt, wie wir besser werden können. Dieser Fragenkatalog, der auf Jahre ausgelegt ist, der über zehn Komplexe enthält und

300 Fragen aus allen möglichen Fachbereichen umfasst, könnte mitnichten innerhalb von drei Monaten oder, wie Sie selber schreiben, bis zum 23.09.2022 beantwortet werden.

Wir wollen, dass die Parlamentsbeteiligung, so wie sie in den letzten Jahren immer wieder eingefordert und umgesetzt worden ist, beibehalten wird. Wir fordern vor allen Dingen die Bundesregierung auf, endlich für den kommenden Herbst vorzusorgen und Vorschläge zu unterbreiten, wie wir den Infektionsschutz im Herbst und im Winter 2022 organisieren können. Wir als Freistaat Bayern sind bestens vorbereitet und bestens gerüstet. Wir sind auch deshalb so gut durch diese zwei Jahre der Corona-Pandemie gekommen. Die Staatsregierung hat mit ihrer vorsorgenden Hand hier hervorragende Arbeit geleistet. Wir wissen, dass wir für die Zukunft und für zukünftige Krisen ein entsprechendes Krisenmanagement brauchen. Der Freistaat Bayern ist, was das Katastrophen- und Krisenmanagement anbelangt, hervorragend aufgestellt. Er setzt unter den Bundesländern die Benchmark. Wir leisten hier eine hervorragende Arbeit. Die Resilienz zu verbessern ist dabei unser Anspruch. Diesen Antrag braucht es dazu jedenfalls nicht. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Christoph Maier von der AfD-Fraktion das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Reiß, Sie haben versucht, eine Erklärung zu liefern, weshalb Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen. Aber Sie können doch nicht bestreiten, dass in den letzten zwei Jahren während der Corona-Lage hier in Bayern einiges schiefgelaufen ist. Ich möchte jetzt nicht auf die einzelnen Diskussionspunkte eingehen; aber es wurden Grundrechte von Bürgern missachtet. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat in drei Fällen in Eilentscheidungen festgestellt, dass die Anordnungen der Bayerischen Staatsregierung verfassungswidrig waren. Wie wol-

len Sie in Zukunft verfassungswidrigen Anordnungen hier in Bayern vorbeugen, wenn der Bayerische Landtag nicht angemessen beteiligt wird und wir als AfD-Fraktion noch nicht einmal die Möglichkeit haben, frühzeitig auf diese Verfassungswidrigkeiten hinzuweisen?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Reiß, bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Sie haben richtig gezählt: in drei Fällen. In 300 oder 400 anderen Verfahren hingegen haben der Verfassungsgerichtshof oder der Verwaltungsgerichtshof die Maßnahmen unterstützt und gehalten, die immer mit Zustimmung des Bayerischen Landtags seitens der Staatsregierung zum Schutz der bayerischen Bevölkerung angeordnet werden mussten.

(Zuruf von der AfD)

Wir haben alle Veränderungen an den Verordnungen hier im Landtag diskutiert und mit Dringlichkeitsanträgen begleitet und ihnen auch zugestimmt. Das heißt, die Landtagsbeteiligung war immer gegeben.

(Zuruf von der AfD)

Bei Grundrechtseingriffen verfassungskonform zu handeln ist der Anspruch, dem wir uns sowohl in der Vergangenheit gestellt haben als auch in der Zukunft stellen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Toni Schuberl für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN haben am 15. Mai 2020 den Antrag gestellt, eine Corona-Kommission einzurichten. Die FREIEN WÄHLER haben so etwas nach uns auch gefordert; die Kommission ist dann aber nicht gekommen. Sie wurde abgelehnt. Wir haben ein Corona-Transparenzgesetz gefordert. Wir haben auch ein Corona-Maßnahmengesetz gefordert, weil wir sagen: Es muss transparent sein, es muss wissenschaftlich begleitet werden, was wir hier machen, und es muss hier im Landtag diskutiert und beschlossen werden.

Wir haben im Laufe der Debatten sehr viel erreicht. Wir haben erreicht, dass auf Bundesebene sehr viel gemacht wird. Dort wurden Gremien eingerichtet. Die Parlamentsbeteiligung im Bundestag, der primär dafür zuständig ist, wurde gestärkt. Das war eine der ersten Maßnahmen der Ampel-Regierung, noch bevor der Koalitionsvertrag geschlossen wurde. Das Infektionsschutzgesetz wurde dahin gehend geändert.

Der Vorteil unserer Corona-Kommission, einer Kommission nach § 40 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag, wäre gewesen, dass wir in ihr selber hätten regeln können, wie der Ablauf und das Verfahren sind. Die Kommission hätte öffentlich tagen können. Sie hätte bereichsübergreifend tagen können. Außerdem hätten wir das aktuelle Geschehen transparent und interdisziplinär begleiten können. Das ist abgelehnt worden. Das wäre vor zwei Jahren gewesen. Jetzt mit der Enquete-Kommission zu kommen – – Lesen Sie doch die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag! Die Enquete-Kommission tagt nicht öffentlich. Das ist wichtig und gut, damit man sich auch einmal über grundlegende Dinge unterhalten kann, damit man für die Zukunft Weichen stellen und Themen ausdiskutieren kann. Für die Begleitung einer Pandemie hingegen ist sie nach unserer Ansicht ungeeignet.

Das muss auch einmal klargestellt werden: Die Pandemie dauert noch an. Sie wollen das Thema ja auch im Hinblick auf Maßnahmen diskutieren, die vielleicht im Herbst 2022 anstehen. Jetzt, auf den letzten Metern der Legislaturperiode, eine Enquete-Kommission einzurichten, die nicht öffentlich tagt, so, als ob die Corona-Pande-

mie vorbei wäre und man sich auf die Zukunft vorbereiten könnte, geht an der Realität vorbei.

Dass es ein Zeitproblem gibt, sieht man an Ihrem Antrag. Wir entscheiden heute darüber. Sie sagen: In drei Monaten soll die Kommission einen Zwischenbericht bringen, und am 23.09.22 soll der Abschlussbericht da sein. Ich bin zwar kein Mathematikprofessor, aber das geht doch gar nicht. Der Zwischenbericht soll also nach dem Abschlussbericht kommen! Ist das Ihr Ernst?

Außerdem haben Sie 17 DIN-A4-Seiten mit konkreten Fragestellungen vollgeschrieben und wollen diese zum 23.09.2022 beantwortet haben. Dass das nicht klappen kann, müsste sogar Ihnen klar sein.

(Zuruf von der AfD)

Der richtige Weg wäre gewesen, eine Corona-Kommission einzurichten.

(Andreas Winhart (AfD): Das haben Sie abgelehnt!)

Der falsche Weg ist es, jetzt eine Enquete-Kommission einzurichten.

(Andreas Winhart (AfD): Das ist alles von Ihnen abgelehnt worden!)

– Die Corona-Kommission haben wir am 15.05.2020 beantragt. Der Antrag ist abgelehnt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Hubert Faltermeier für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Corona-Pandemie und die aktuell laufenden Herausforderungen zeigen, wie wichtig es ist, den Staat resilient zu machen, die Bürger und die Wirtschaft zu stärken und ein wirksames Risikomanagement aufzubauen. Mit

einem Wort: Der Staat muss handlungsfähig bleiben. Die Bewältigung der pandemischen Herausforderungen ist rückblickend gut gelungen. Dafür kann man unseren Ministerien allesamt danken. Das federführende Gesundheitsministerium und sein Minister waren nach zahlreichen Änderungen der Infektionsschutzverordnung auf dem Stand der Zeit. Die Legislative war auch nicht untätig. In zahlreichen Gesetzesinitiativen, Anträgen, Geschäftsordnungsänderungen und zwanzig Aktuellen Stunden sind die Probleme behandelt worden.

Es gibt hier keinen festen, abgeschlossenen Zeitpunkt, sondern es handelt sich um einen dynamischen Prozess, der sich an Inzidenzen, Impfmöglichkeiten, Impfstoffen und Krankenhausbelegungen orientiert. Sowohl die Legislative als auch die Exekutive haben sich auf dem Laufenden gehalten. Als Beispiel nenne ich die Herausforderungen an den Schulen. Das Kultusministerium hat zur Sicherstellung des Unterrichts ein Rahmenkonzept für den Distanzunterricht erarbeitet. Das Wissenschaftsministerium hat den Bereich der Hochschulen und die Prüfungsordnungen gut geregelt. Die Probleme im Bereich der Justiz – das haben wir im Rechtsausschuss oft betrachtet – sind gut gelöst worden. Die gelockerten Regelungen für Telefongespräche in den Justizvollzugsanstalten sind letztendlich eine Auswirkung der Inzidenzregelung.

Aus diesem Grund halten wir die Einsetzung einer Enquete-Kommission nicht für notwendig. Ich glaube, die AfD hält das inhaltlich auch nicht für notwendig. Sie will ihr politisches Süppchen kochen. Deshalb stimmen wir dem nicht zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierfür erteile ich dem Abgeordneten Christoph Maier von der AfD-Fraktion, das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Dr. Faltermeier, sicherlich können Sie sich noch an den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU erinnern, mit dem gefordert wurde, einen Runden Tisch zu Corona einzurichten. Der Antrag wurde im

Bayerischen Landtag angenommen und beschlossen. Von diesem Runden Tisch zu Corona habe ich nie wieder etwas gehört. Können Sie uns über Ihren Informationsstand unterrichten? Hat es jemals ein Treffen oder eine Tagung oder Entsprechendes gegeben? Ist überhaupt ein Ergebnis erzielt worden? Oder war dieser Dringlichkeitsantrag ein Schaufensterantrag, den Sie für die Öffentlichkeit produziert haben?

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Ich könnte Ihnen antworten, dass ich es nicht weiß, weil ich nicht Mitglied des Runden Tisches bin. Wenn Sie von einem Schaufensterantrag sprechen, können Sie sich mit Ihrem Antrag an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Ruth Waldmann. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es soll nur der Anschein erweckt werden, als würde man sich ernsthaft damit auseinandersetzen und darum kümmern wollen, was aus der Pandemie geworden ist. Dieser Vorschlag ist dafür nicht tauglich. Grundsätzlich besteht das Problem bei Enquete-Kommissionen, dass ein Thema vom parlamentarischen Betrieb in eine Sonderkommission ausgelagert wird. Das ist eigentlich hinderlich für parlamentarische Initiativen und für unsere Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum. Es ist üblich, dass während der Dauer einer Enquete-Kommission, die manchmal monate- oder jahrelang besteht, eigentlich zu dem Thema keine Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht werden, weil man dafür die Enquete-Kommission hat. Anfragen und Ähnliches gehören in diese Sitzungen. Grundsätzlich sind die Sitzungen der Enquete-Kommissionen nicht öffentlich. Das muss man auch einmal dazusagen.

Die Pandemiekrise erfordert ernsthafte und sorgfältige politische Arbeit, und zwar von uns allen hier im Parlament, im Ausschuss und im Plenum. Leider ist von der AfD bis-

her nichts Konstruktives gekommen. Im Gesundheitsausschuss haben wir es immer wieder mit der Wiederholung von Gerüchten aus Verschwörungstheorien, mit Unwissenheit und Behauptungen mit fragwürdigen Hintergründen zu tun gehabt.

(Widerspruch bei der AfD)

Es ging eher um Krawall und Verunsicherung. Das zeigt auch der Fragenkatalog Ihres Antrags. Ihr Fragenkatalog enthält viele allgemeine und wenig zielführende Fragen.

(Beifall bei der SPD)

Der Fragenkatalog enthält vor allem suggestive Formulierungen und Unterstellungen. Ich gebe einmal ein Beispiel. Sie stellen die Frage: "Welche Möglichkeiten eröffnen sich, einen allzu bereitwilligen und achtlosen Umgang mit Grundrechtseingriffen zu reduzieren?" Diese Frage enthält eine ungeheuerliche Unterstellung. Genau darum geht es Ihnen auch mit Ihrem Antrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Sie wollen, dass sich die Kommission mit der Frage befasst: "Wie kann in der Wissenschaft wieder ein Geist der vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit Sachthemen etabliert werden, der in der Wissenschaftsgeschichte die Bedingung für Phasen der Hochblüte war?" Das zeigt, dass es sich eher um eine Geisterdebatte als um einen sinnvollen Beitrag handelt. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass einer Ihrer vormaligen Fraktionsvorsitzenden hier im Hohen Hause unwidersprochen von einer herbeihalluzinierten Pandemie gesprochen hat. Von Ihnen hat sich bisher noch keiner davon wirklich distanziert. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Pandemie leider noch nicht vorbei ist. Wir werden uns weiterhin mit ihr im Parlament mit vernünftigen Anträgen auseinanderzusetzen haben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Alexander Muthmann. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann es relativ kurz machen. Ich möchte noch ein paar wenige Aspekte ergänzen. Ich war Mitglied der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern". Wir haben uns nahezu drei Jahre lang mit dieser Frage befasst. Es ging um Gestaltungs- und Bewertungsfragen sowie politisch in diesem Landtag zugängliche Themen. Es wurde durchaus kontrovers diskutiert mit der Zielsetzung, zu gemeinsamen Lösungsansätzen zu kommen.

Die Begründung für den heutigen Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission ist im Wesentlichen eine politische Abrechnung mit der Vergangenheit. Der Antrag enthält den Vorwurf, dass wir verfassungsrechtlich viel Unzulässiges erlebt hätten. Diese Fragestellung ist jedoch für die Einsetzung einer Enquete-Kommission völlig untauglich. Man kann durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Wir haben im Rahmen der Debatten der vergangenen zwei Jahre durchaus kritisch und kontrovers diskutiert. Lieber Herr Kollege Faltermeier, uns war die Beteiligung des Landtags zu wenig. Wir hätten im Sinne der Wesentlichkeitstheorie mehr eigenständige Entscheidungskompetenzen für den Landtag erwartet. Im Wesentlichen wurde uns die Politik der Staatsregierung erklärt. Wir konnten sie auch kommentieren, eigenständige und selbstständige Entscheidungen zu treffen, wurde uns jedoch weitestgehend verwehrt.Aber die Frage, ob bei den Corona-Maßnahmen in den vergangenen zwei Jahren im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen agiert worden ist, kann man jetzt nicht mehr rückblickend in einer Enquete-Kommission diskutieren. Dafür sind die Verfassungsgerichte, die Gerichte insgesamt zuständig. Sie sind zuständig, wenn man Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Verordnungen, von Entscheidungen der Staatsregierung hat. Da gehört das auch hin, und da war es auch, und es wurde auch in vielen Fällen bestätigt und in einer Reihe von Fällen korrigiert.

Wenn wir uns, auch mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen, Gedanken machen, was jetzt veranlasst ist, dann ist das natürlich eine Evaluation dessen, was wir erlebt haben. Im Innenausschuss haben wir gerade – im Übrigen einstimmig, auch mit den Stimmen der AfD – einen Berichtsantrag auf den Weg gebracht, wonach die Staatsregierung eine ganze Reihe von Fragen klären soll. Wir haben im letzten Plenum im Rahmen eines Huckepackverfahrens auch das Krankenhausgesetz erweitert und ergänzt, auch dies als Ausfluss von Erfahrungen, die in den letzten zwei Jahren gemacht worden sind. Jetzt erwarten wir darüber hinaus auch den Bericht der Staatsregierung. Seitens der FDP haben wir auch einen eigenen Antrag gestellt, damit wir uns noch etwas detaillierter mit den Fragen befassen können. Der Antrag hat aber nicht die Gefolgschaft der Mehrheit im Innenausschuss gefunden. Es gibt aber den einstimmig verabschiedeten Antrag für einen Bericht, auf den wir jetzt warten. Danach ist es an der Zeit, über entsprechende Korrekturen und Verbesserungsmaßnahmen nachzudenken und sie zu diskutieren. Die Enquete-Kommission ist hingegen, sowohl was die zeitliche Dimension als auch was Ihre Erwartungen an diese Enquete-Kommission angeht, nicht geeignet und auch nicht das richtige Instrument. Wir werden Ihren Antrag deshalb ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie die Abgeordneten Markus Bayerbach (fraktionslos), Christian Klingen (fraktionslos) und Markus Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.